

Deutsche Bundesbank in der Zwickmühle

Von Friederike Spiecker | 12.09.2013 (editiert am 25.05.2016)

www.fspiecker.de

Im [August-Monatsbericht der Deutschen Bundesbank](#) findet sich im Kapitel "Finanzmärkte" ein Abschnitt über die "Anpassung der Berechnung von effektiven Wechselkursen sowie Indikatoren der preislichen Wettbewerbsfähigkeit im August 2013" (Seite 51-53). Das hört sich ebenso langweilig wie kompliziert an, und mancher wird mit dem Gedanken "ist eher was für Fachleute" weiterblättern. Was soll auch an marginalen Veränderungen bestimmter Zeitreihen interessant sein, ausgelöst durch den Beitritt Kroatiens zur EU im Juli 2013? Bei näherer Betrachtung hingegen erweist sich der Text als ein hochpolitisches Dokument. Und zwar im zweiten Teil, der geradezu unscheinbar mit "Deflator des Gesamtabsatzes für China" überschrieben ist, bzw. in der darauf folgenden "Schlussbemerkung".



Die beiden Grafiken auf Seite 52



zeigen, worum es geht, nämlich um die "preisliche Wettbewerbsfähigkeit". In der ersten Abbildung wird mit zwei Zeitreihen ab 1996 die deutsche Wettbewerbsfähigkeit gegenüber drei Dutzend Handelspartnern dargestellt und zwar – das ist das Neue – einmal ohne und einmal einschließlich China. Bislang konnte, wie die Deutsche Bundesbank erklärt, China mangels Daten für den realen Import nicht miterfasst werden. Inzwischen wurde aber unter Verwendung von IWF-Daten und Daten der chinesischen Zollbehörden eine Methode erarbeitet, die eine Einbeziehung Chinas in diesen, so wörtlich, "besonders aussagekräftigen" Indikator erlaubt. Bis 2007 sei der Unterschied beider Zeitreihen aufgrund des noch relativ geringen Gewichts Chinas vergleichsweise klein. Ab 2007 jedoch gehe China "infolge seines stark gestiegenen Handelsvolumens in den betrachteten Länderkreis mit einem Gewicht von 9,7% in die Berechnung ein, das nur noch von dem Frankreichs (9,9%) übertroffen wird. ... Dem neuen Indikator zufolge hat sich seither die preisliche Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands noch stärker verbessert, als dies der alte Indikator anzeigte. Am aktuellen Rand macht der Unterschied 3 Prozentpunkte aus", so die Bundesbank.

Dass, wie man in der ersten Grafik sieht, die deutsche Wettbewerbsfähigkeit gegenüber den Handelspartnern im Rest der Welt seit vierzehn Jahren massiv gestiegen ist (um 12 bzw. bei Berücksichtigung Chinas um 15 Prozent seit 1999) und heute sogar einen höheren Wert einnimmt als zur Zeit der Finanzkrise 2008, ist nicht wirklich neu. Dass Chinas Wettbewerbsfähigkeit im Gegensatz dazu abgenommen hat, war längere Zeit umstritten, ist aber mittlerweile auch kein völlig unbekanntes Faktum mehr. Die Bundesbank bestätigt das in der zweiten Grafik eindrucksvoll, gemäß der China 60 Prozent seiner Wettbewerbsfähigkeit im Vergleich zu 1999 eingebüßt hat. Und dass sich eine Einbeziehung Chinas bei der Berechnung der deutschen Wettbewerbsfähigkeit infolgedessen steigend auf diesen Ausweis deutscher Exportstärke auswirkt, ist nur logisch.

Das eigentlich Interessante an dem kurzen Abschnitt aus dem Monatsbericht ist, wie die Bundesbank mit diesen neuen Zahlen verbal umgeht. Um das einordnen zu können, muss man sich die internationale, in Deutschland wenig wahrgenommene Debatte um das Thema Wettbewerbsfähigkeit vergegenwärtigen. Die Leser von flassbeck-economics wissen, dass es auf der Ebene der G20 seit längerem eine heftige Auseinandersetzung um die internationalen Leistungsbilanzungleichgewichte und die Entwicklung der Wechselkurse gibt. Jahrelang saß China sozusagen auf der internationalen Anklagebank, weil dem Land vorgeworfen wurde, seinen nominalen Wechselkurs künstlich unterbewertet zu halten, um sich Außenhandelsvorteile zu sichern. Mit Exportüberschüssen häufe es Devisen an und erhalte auf Kosten der Handelspartner Wachstumsimpulse von außen. Als China schließlich mit leichter Aufwertung seines nominalen Wechselkurses auf diese Vorwürfe reagierte (abzulesen an der oberen Kurve in der besagten zweiten Grafik, die den nominalen Wechselkurs darstellt), wurden diese Bemühungen als zu gering bemängelt.

Die für langjährige Beobachter nicht völlig neue Datenlage zeigt nun, dass China durch die Entwicklung seines Preisniveaus (in Kombination mit seiner nominalen Aufwertung) seinen *realen* Wechselkurs stark aufgewertet, d.h. enorm an Wettbewerbsfähigkeit verloren hat. Das aber heißt: Der Platz ganz vorne auf der internationalen Anklagebank ist frei geworden. Und dadurch rücken andere Dauerabonnenten der Sitze auf dieser unbeliebten Bank ins Rampenlicht, vornehmlich Deutschland. Das weiß die Deutsche Bundesbank natürlich genau, und daher kommt ihr die neue Datenlage zumindest für das internationale Parkett eher ungelegen. (Deutschlandintern ist das weit weniger problematisch, denn schwäbische Hausfrauen freuen sich vorbehaltlos, wenn sie attestiert bekommen, immer wettbewerbsfähiger geworden zu sein.) Was also tun? Wie nimmt man den Kritikern des deutschen Exportüberschussmodells den Wind aus den Segeln, den ihnen diese neuen Zahlen zu liefern drohen?

Ganz einfach: Man bringt das, was man herausgefunden hat, in einem eher technisch anmutenden Beitrag unter, damit es leichter übersehen werden kann, und redet es noch möglichst klein. Letzteres klingt dann so: "Indikatoren der preislichen Wettbewerbsfähigkeit sind allerdings mit Vorsicht zu interpretieren." Das passt nicht so recht zu der oben zitierten Einschätzung, der Indikator sei "besonders aussagekräftig". Weiter heißt es: "Bei der Interpretation entsprechender Indikatoren sollte ... auch die Produktivitätsentwicklung der beteiligten Staaten berücksichtigt werden. Hier ist festzustellen, dass in China in den vergangenen Jahren auch die Produktivität stärker zugenommen hat als im gewichteten Durchschnitt der Partnerländer. Aus diesem Grunde überzeichnet der Indikator tendenziell sowohl die dargestellte Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands ... als auch die Verschlechterung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit Chinas.", so die Bundesbank in ihrer "Schlussbemerkung" am Ende des Beitrags (S. 53).

Das ist stark.

Denn hier wird ganz beiläufig unterstellt, dass die Produktivität eines Landes für die Größen, die in die Berechnung der Wettbewerbsfähigkeit des Landes einfließen, keine Rolle spielt. Denn sonst könnte die Bundesbank ja den Leser nicht auffordern, die Produktivitätsentwicklung *noch zusätzlich* in Betracht zu ziehen bei der "Interpretation" der ausgewiesenen Werte der Wettbewerbsfähigkeit. Das wäre nämlich sonst, simpel gesprochen, doppelt gemoppelt.

Wie hat man sich das vorzustellen? Die "preisliche" Wettbewerbsfähigkeit eines Landes wird mit Hilfe von Preiszeitreihen dieses Landes und solcher seiner Handelspartner ermittelt. (Die werden dann noch mit Mengenindikatoren gewichtet und mit Wechselkursen multipliziert etc. – ein längerer Rechenvorgang, der für die hier vorgetragene Kritik aber nicht wesentlich ist.) Wie kommen die Preiszeitreihen zustande? Nun, sie basieren auf den Preisen, die die Unternehmer für ihre an Märkten angebotenen Waren und Dienstleistungen verlangen. Wenn die Unternehmer nicht gerade Monopolisten oder Mitglieder eines Preiskartells sind, sondern sich einem mehr oder weniger harten Wettbewerb ausgesetzt sehen, müssen sie sich bei der Preissetzung an den Kosten orientieren, die bei der Produktion anfallen. Diese Kosten hängen von einem gesamtwirtschaftlichen Standpunkt aus betrachtet, wie in vielen Beiträgen auf flassbeck-economics erklärt, von den Lohnkosten und der Produktivität ab. Genauer gesagt von dem Verhältnis zwischen Lohnkosten und Produktivität, den Lohnstückkosten. Weil das so ist, stimmt die Entwicklung der Lohnstückkosten mit der Entwicklung des gesamtwirtschaftlichen Preisindex des Bruttoinlandsprodukts eines Landes empirisch stark überein (Abweichungen kommen z.B. durch Importpreise oder mangelnden Wettbewerb resp. Marktmacht zustande).

Da also haben wir die Produktivität in den Preisen, wie das in einer Marktwirtschaft mit einigermaßen funktionierendem Wettbewerb auch nicht anders sein kann und sollte. Wenn man sich also über die Entwicklung der Wettbewerbsfähigkeit eines Landes unterhält, ist in dieser Größe die Entwicklung der Produktivität des Landes (im Verhältnis zur Entwicklung der Produktivität anderswo) *immer schon enthalten*.

Wie also kommt die Deutsche Bundesbank zu der Empfehlung, die Entwicklung der Produktivität noch einmal zu Rate zu ziehen, wenn man auf ihren Indikator "preisliche Wettbewerbsfähigkeit" schaut? Dazu fallen mir zwei Erklärungen ein. Die eine: Ökonomen, deren Weltbild rein monetaristisch geprägt ist, kommen gar nicht auf die Idee, dass gesamtwirtschaftliche Preisentwicklungen von Vorgängen in Unternehmen und auf Märkten geprägt sein könnten. Denn für sie bestimmt die Geldpolitik durch die Steuerung einer wie auch immer abgegrenzten Geldmenge die Preisentwicklung eines Landes. Also kann man aus ihrer Sicht einen mittels Preisindizes berechneten Indikator der "preislichen" Wettbewerbsfähigkeit eines Landes und die Produktivität des Landes als quasi *unabhängige* Größen nebeneinander betrachten. So glaubt man, den einen Indikator, der einen auf der internationalen Bühne in die Enge treibt, durch den Hinweis auf den anderen abschwächen zu können. Die andere Erklärung: Um den eigenen ideologischen Standpunkt nicht hinterfragen zu müssen und um der Arbeitgeberseite irgendwelche Pseudoargumente an die Hand geben zu können, die verhindern, dass die für Lohnverhandlungen hilfreiche Drohkulisse chinesischer Billigkonkurrenz zusammenbricht, ist jedes Mittel willkommen und sei es noch so unseriös. Indem man diese Dinge in einem, wie schon gesagt, sehr technisch verklausulierten Beitrag unterbringt, erhöht man die Wahrscheinlichkeit, dass Gewerkschaftsvertreter die Unsinnigkeit der Argumentation der Bundesbank nicht bemerken oder gar nach außen hin offensiv brandmarken können. Im Ergebnis ist das ein relativ bequemes Mittel, dem deutschen Merkantilismus weiter Vorschub zu leisten.

Außerdem hat sich die Bundesbank eine Hintertür offen gelassen. Der letzte Satz in ihrer "Schlussbemerkung" lautet nämlich: "Im Falle Deutschlands bleibt aber der verzerrende Einfluss eher gering." (S. 53) Gemeint ist offenbar, dass der Indikator der preislichen Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands den

Anstieg der wie auch immer definierten 'tatsächlichen' Wettbewerbsfähigkeit doch nicht sonderlich überzeichnet, sondern ihn ziemlich genau trifft. Wie schon [in anderen Fällen](#) kann die Bundesbank aber wohl damit rechnen, dass solche einschränkende Sätze nicht mitzitiert werden, wenn es darum geht, in Auseinandersetzungen mit "wissenschaftlichen" Argumenten zu punkten, die noch dazu von einer in der öffentlichen Wahrnehmung über jede Parteinahme erhabenen Institution wie der Deutschen Bundesbank publiziert worden sind.

Dumm nur, dass die Bundesbank vergessen hat, diese Einschränkung auch für den chinesischen Indikator hinzuschreiben. Das heißt, man darf dieses Argumentationsmuster aus Sicht der Bundesbank ruhig verwenden, es ist theoretisch nicht unsinnig, sondern höchstens empirisch etwas unsicher. Das sollten sich die Griechen merken, wenn sie das nächste Mal von der Troika kontrolliert werden. Sie könnten dann einfach erklären, dass ihr Verlust an preislicher Wettbewerbsfähigkeit gegenüber Deutschland zwischen 1999 und heute ganz einfach überzeichnet sei, man müsse schließlich auch ihre Produktivitätsentwicklung mit in die Betrachtung einbeziehen. Denn die Stundenproduktivität eines griechischen Erwerbstätigen liegt heute im Vergleich zu 1999 um 20 Prozent höher, während es die Deutschen nur auf eine Steigerung von 17 Prozent gebracht haben (lt. aktuellen Daten der EU-Kommission).

So ist das eben mit Zwickmühlen: Irgendwo klemmt es immer.

Über den Autor



Friederike Spiecker ist Diplom-Volkswirtin und lernte das Handwerkszeug zur theoretischen und empirischen Makroökonomie am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin. Heute arbeitet sie als freie Wirtschaftspublizistin und ist in der wirtschaftspolitischen Beratung von Parteien, Gewerkschaften und Verbänden tätig.

Veröffentlicht am: 12.09.2013 | Editiert am: 25.05.2016

Erschienen unter:

<https://makroskop.eu/2013/09/abo-artikel-deutsche-bundesbank-in-der-zwickmuehle/>